



Kriminalitätsbelastung in Hamburg doppelt so hoch wie in München

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) zu Gast in Hamburg



> Landesvorsitzender Joachim Lenders, Innenminister Joachim Herrmann (CSU), Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, und der Landesvorstand der **DPoIG Hamburg**.

Grundsätzlich leben die Hamburger in der schönsten Stadt der Welt. Wasser, viele grüne Erholungsflächen und eine Skyline, die nicht erdrückend wirkt. Vom äußeren Anschein muss die Hansestadt keinen Vergleich scheuen. Wirft man aber einen Blick ins Innere und somit auf die Sicherheit dieser Stadt, hinkt sie im deutschlandweiten Vergleich in vielen Punkten hinterher. Gerade gegenüber dem Freistaat Bayern werden hier signifikante Unterschiede deutlich und so nahm die CDU Hamburg dies zum Anlass, den bay-

erischen Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann (CSU), zu einer Diskussionsrunde nach Hamburg einzuladen. Vor einem interessierten Publikum, darunter auch der erweiterte Landesvorstand der **DPoIG Hamburg**, im Hotel Empire Riverside auf St. Pauli sprach Innenminister Herrmann die Unterschiede in der Kriminalstatistik der Länder an und machte am Beispiel des Einbruchdiebstahls deutlich, dass Hamburg sich hierbei mit den Bayern nicht messen kann. Während in Hamburg im vergangenen Jahr 511 Wohnungseinbrüche je 100.000 Einwohner registriert wurden, waren es in München nur 71. In ganz Bayern liegt dieser Wert sogar bei nur 59. Nur Bremen ist im bundesweiten Vergleich noch schlechter als Hamburg.

Aber nicht nur bei den Wohnungseinbrüchen liegt Bayern vorne. Das südlichste Bundesland hat auch die geringste Kriminalitätsbelastung insgesamt je 100.000 Einwohner und eine hervorragende Aufklärungsquote von 62,8 Prozent (zweiter Platz hinter Thüringen!). In Hamburg dagegen wird nicht einmal jede zweite Straftat auf-

geklärt (43,8 Prozent Aufklärungsquote in 2015), was in diesem Ranking den letzten Platz bedeutet. Hierzu stellte



© Marc-Florian Sinn (2)

> Sind sich einig! Bayern macht's vor, nur wer die Polizei in allen Bereichen gut aufstellt und stärkt, kann dauerhaft die innere Sicherheit gewährleisten: Landesvorsitzender Joachim Lenders, Innenminister Joachim Herrmann und Dennis Gladiator, MdHB (von links).

der innenpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Dennis Gladiator, klar, dass „unsere Polizei nicht schlechter als die Polizei in München arbeite, aber die politischen Rahmenbedingungen führen zu deutlich anderen Ergebnissen.“ Diese anderen Rahmenbedingungen stellte der Innenminister Joachim Herrmann dann auch heraus. Entgegen des bundesweiten Trends erhöhte Bayern seit 2007 stetig das Personal bei der

Polizei und dies nicht erst unter dem Druck der Flüchtlings- und Terrorwelle. Darüber hinaus nannte er als Beispiel das computergestützte Programm „PRECOBS“, das als Unterstützung zur Erkennung von Einbruchsschwerpunkten genutzt wird. Seit dessen Einführung seien die Fallzahlen in München und Nürnberg erheblich gesunken, so Minister Herrmann. Hamburg lehnt eine Nutzung des Programms bisher ab. „Bayern ist nur deshalb das sicherste Bundesland, weil wir den Stier bei den Hörnern packen!“, erklärte Herrmann weiter. Die Hamburger CDU hat offenbar

genau zugehört und aus den politischen Fehlern der vergangenen Jahre ihre Schlüsse gezogen. Dennis Gladiator stellte klar, dass „der Weg nur über eine starke Polizeipräsenz, mehr Personal, die Nutzung moderner Techniken und eine Null-Toleranz gegenüber Straftätern sowie abschreckende Urteile

gehen kann.“ Die **DPoIG Hamburg** steht auch in Zukunft allen demokratischen Parteien als Ansprechpartner zu Fragen der Innen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung und wird auch weiterhin den Finger in die Wunde legen, um die Sicherheit für die Hamburger Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und die sozialen Bedingungen für die Mitarbeiter der Polizei zu verbessern!

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr

Fotos: Michael Adomat, Frank Riebow, Marc-Florian Sinn,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



DPoIG: Gut aufgestellt für den OSZE-Einsatz

Am 8. und 9. Dezember tagt der 57-köpfige Außenministerrat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Hamburg. Teilnehmen werden die Außenminister der europäischen Staaten, dazu Russland, die Türkei, die Mongolei, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Außenminister der USA und Kanadas sowie weitere Partnerorganisationen (UNO, NATO, Europäische Union und der Europarat). Bereits vom 5. bis zum 7. Dezember finden diverse Begleitsitzungen zum Ministertreffen statt. Insgesamt ist mit bis zu 3.000 Teilnehmern in den Veranstaltungsräumen der Hamburger Messe und dem Rathaus zu rechnen.

satzkräfte in einer Größenordnung von bis zu 3.500 Kolleginnen und Kollegen in Hotels unterzubringen und zusammen mit den aus Hamburg eingesetzten Kräften (in der Spitze bis zu 6.000) zu versorgen. So sind beispielsweise seit Anfang Oktober Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Organisationsbereichen der Polizei damit beschäftigt, die insgesamt benötigten 90.000 Verpflegungsbeutel für die eingesetzten Kräfte zu packen und zu lagern. Aber auch die **DPoIG Ham-**

burg stellt sich selbstverständlich für diesen Einsatz entsprechend auf, um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen vor Ort und in den Einsatzstäben, die bereits ab dem 1. Dezember in Zwölf-Stunden-Schichten rund um die Uhr für Sicherheit im Einsatzraum und an den zu schützenden Objekten sorgen werden, zu betreuen und zu versorgen. Neben der den Hamburger Kolleginnen und Kollegen bekannten und bewährten Betreuung in entsprechenden Einsatzlagen wird die

© DPoIG Hamburg (3)

Dass so ein Ereignis eines entsprechenden Sicherheits- und somit auch Kräftekonzeptes bedarf, muss hier nicht näher erläutert werden. Die zu schützenden Veranstaltungsorte, Hotels und Fahrstrecken der Tagungsteilnehmer im Hamburger Stadtgebiet sowie zu erwartende Gegenveranstaltungen erfordern eine aufwachsende Kräftelage mit in der Spitze bis zu 9.000 Kolleginnen und Kollegen, die es zu betreuen und zu versorgen gilt. Der von Polizeipräsident Ralf Martin Meyer eingesetzte Vorbereitungsstab unter der Führung des Leitenden Polizeidirektors Hartmut Dudde arbeitet seit April dieses Jahres mit Hochdruck an der Umsetzung des Sicherheitskonzeptes und an der entsprechenden Kräfteplanung in den unterschiedlichsten Einsatzabschnitten – nicht nur für das OSZE-Treffen, sondern auch gleichzeitig für den G20-Gipfel im Juli kommenden Jahres. Insbesondere der Einsatzabschnitt Logistik hat die Aufgabe, die aus allen Bundesländern und von der Bundespolizei zugesagten Ein-



© Bundesregierung





DPoIG Hamburg ihr Betreuungskonzept personell verstärken und ausbauen. Unterstützt von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Landesverbänden und der DPoIG Bundespolizei wird die **DPoIG Hamburg** in ihrer Geschäftsstelle im Holzdamm 18 vom 1. bis zum 9. Dezember ein Logistikzentrum einrichten, von dem aus die Einsatzbetreuung der eingesetzten Kräfte gesteuert und koordiniert wird. In der „heißen Phase“ der Einsatzbegleitung vom 6. bis 9. Dezember wird das Logistikzentrum in unserer Geschäftsstelle rund um die Uhr personell besetzt sein. Ebenso wird ein „Social-Media-Team“ die sozialen Netzwerke der **DPoIG Hamburg** bereits ab dem 1. Dezember intensiv betreuen und sich um die dort mitgeteilten Belange der Einsatzkräfte kümmern.

> **Zusätzlich wird für den gesamten Einsatzzeitraum vom 1. bis zum 9. Dezember eine Hotline**

unter der Telefonnummer 0151-743 838 13 eingerichtet sein, unter der ständig ein Ansprechpartner der DPoIG zur Verfügung stehen und die dort geschilderten Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen annehmen und schnellstmöglich behandeln wird.

Auch die **DPoIG**-Personalräte haben ein personalrätliches Betreuungskonzept entwickelt und werden entweder persönlich vor Ort ansprechbar oder über eine Rufbereitschaft erreichbar sein. Die Erreichbarkeiten der **DPoIG**-Personalräte wird über eine Informationsbroschüre der Polizei Hamburg für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen bekannt gegeben.

Ein solcher Einsatz erfordert von allen Beteiligten ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Motivation, nicht nur während der eigentlichen Einsatzphase, sondern auch schon in der Vorbereitungszeit. Dies hat der Vor-

> OSZE

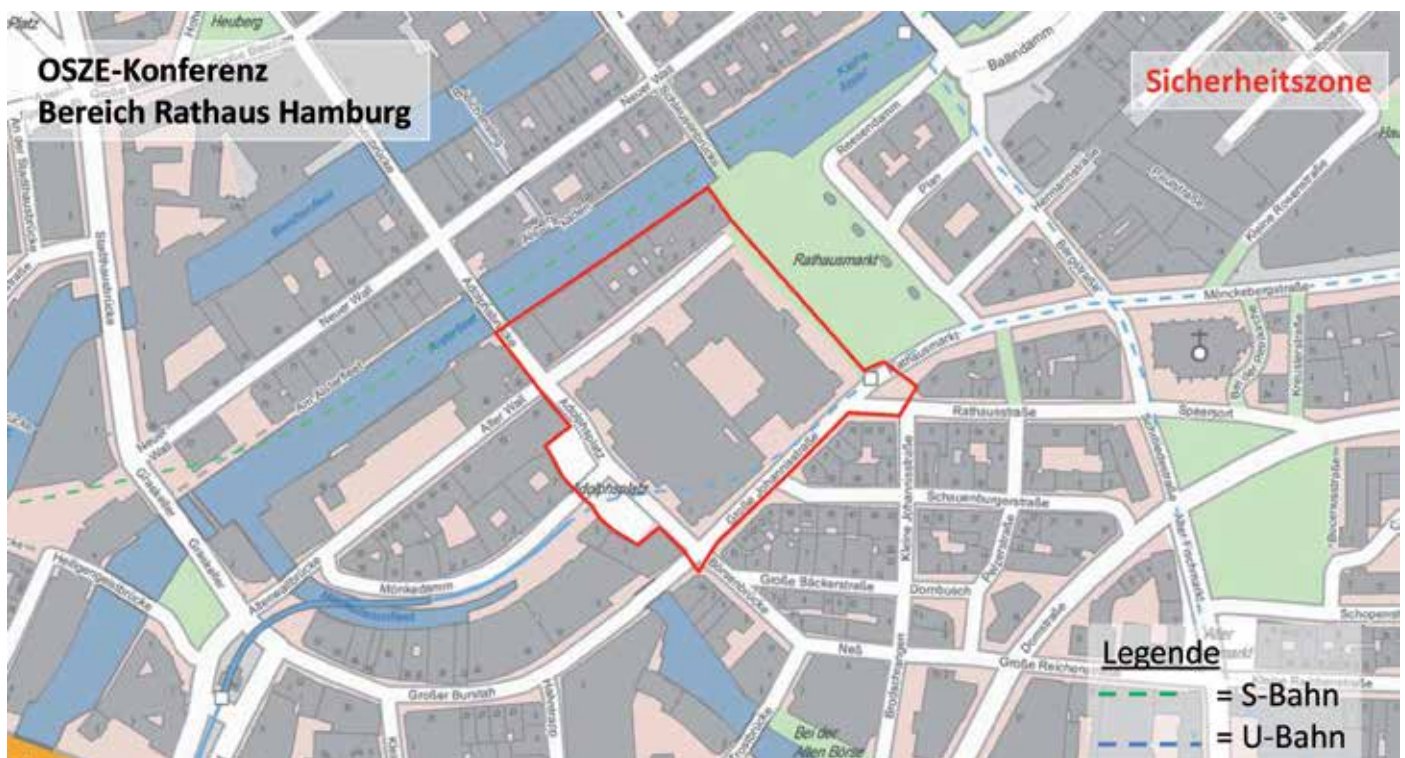
Von der KSZE zur OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist aus der 1975 mit der Schlussakte von Helsinki zu Ende gegangenen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgegangen. Die offizielle Umbenennung der KSZE zur OSZE wurde am 1. Januar 1995 wirksam. Die OSZE ist mit 57 Teilnehmern die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der alle europäischen Länder, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die USA, Kanada und die Mongolei vertreten sind (57. Teilnehmerstaat wurde am 20. November 2012 die Mongolei). Die Schlussakte von Helsinki (1975), die Charta von Paris (1990), die Europäische Sicherheitscharta von Istanbul (1999) und die Gipfelerklärung von Astana „Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“ (2010) sind die bedeutendsten Dokumente der OSZE, in denen ein beständig gewachsenes und weiterentwickeltes System politischer Verpflichtungen – auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs – niedergelegt ist.

bereitungsstab mit den nachgeordneten Unterabschnitten aus Sicht der **DPoIG Hamburg** bisher eindrucksvoll bewiesen. Gegenwärtig scheint sich die Einsatzlage eher entspannt darzustellen, die bis jetzt geringe Anmeldezahl von Gegenveranstaltungen lässt einen ruhigen Einsatzverlauf

erwarten. Bleibt zu hoffen, dass es während des eigentlichen Einsatzverlaufs friedlich bleibt und die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen einen ruhigen und möglichst „normalen“ Dienst verrichten und alle gesund zu ihren Familien zurückkehren können.

Der Landesvorstand





Norderstedter Erklärung

Innenminister und -senatoren der SPD-geführten Länder verabschieden Positionspapier

Die Innenminister und -senatoren der SPD-geführten Länder Bremen, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen setzen beim Kampf gegen Extremismus auf starke Sicherheitsbehörden, mehr Prävention und den Schutz von Einsatzkräften.

Darauf haben sie sich am 7. November auf ihrer Konferenz (A-IMK) in Norderstedt geeinigt. Um extremistische Bestrebungen wirksam zu bekämpfen, sollen ein starkes Maßnahmenpaket, neue Denkansätze und ein langer Atem helfen.

► **Repression, Prävention und Ausstiegshilfe**

Die Innenminister und -senatoren setzen auf einen Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe, um Extremismus langfristig zu begegnen. Sie sprachen sich für eine Intensivierung der Cyberermittlungen aus, um die Verbreitung von Hass, Propaganda und die Organisation von Extremisten in verborgenen Teilen des Netzes (Darknet) wirksam zu bekämpfen. Zudem soll im schulischen, beruflichen und privaten Umfeld noch mehr Aufklärung geleistet werden. Das Beratungsangebot für Betroffene und deren Angehörige soll ausgebaut und konkrete Hilfs- und Ausstiegsprogramme weiter verbessert werden.

► **Modernere Ausstattung und Ausbildung der Polizei**

Um auf aktuelle Bedrohungslagen bestmöglich reagieren zu

können, ist eine moderne Ausstattung und Ausbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten zwingend erforderlich. Die Innenpolitiker wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, die den Ermittlern die Arbeit erleichtert. Deshalb sollen schnell rechtlich klare Regeln für den Zugriff auf Daten, die in einer sogenannten Cloud gespeichert sind, beschlossen werden. Die Innenminister und -senatoren kündigten an, die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum durch weitere Einstellungen zu erhöhen. Zusätzliches Fachpersonal wie IT-Experten sollen die Polizeiarbeit weiter professionalisieren und unsere Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugs entlasten.

Zum Schutz der Einsatzkräfte wird derzeit der Einsatz von Bodycams in unterschiedlichen Pilotprojekten getestet. Anschließend wird entschieden, ob diese künftig flächendeckend zum Einsatz kommen. Bereits im Jahr 2011 wurde für Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte in § 113 StGB die angedrohte Höchststrafe von zwei auf drei Jahre erhöht. Die präventive Wirkung blieb bislang allerdings aus. Hier sehen die Minister weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

► **Bekämpfung von Einbruchskriminalität**

Neben einer gemeinsamen Erklärung zur Inneren Sicherheit stand auch die Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstählen (WED) im Fokus. Die SPD-Innenminister und -senatoren setzen dabei auf eine noch stärkere Polizeipräsenz



► Landesvorsitzender Joachim Lenders: „Ohne ausreichendes Personal ist alles nichts.“

sowie auf Prävention und Beratung. Verstärkte Investitionen in moderne Sicherheitstechnik sollen Einbruchsdiebstählen vorbeugen.

► **Reisende Täter sollen leichter überführt werden**

Durch ein flächendeckendes Präsenzkonzept der Polizei und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Länder und angrenzenden Staaten sollen künftig auch reisende Täter leichter überführt werden. Die Innenminister und -senatoren fordern daher die Einrichtung einer „Intensivtäterdatei WED“ durch das Bundeskriminalamt (BKA) und den Einsatz modernster technischer Mittel zur Spurensicherung und polizeilichen Kommunikation. Ein Schulterschluss zwischen Polizei und Justiz soll zudem Abstimmungsprozesse und die Möglichkeit der Anordnung von Untersuchungshaft bei Serienstraf Tätern mit außerdeutschem festen Wohnsitz erleichtern. **Dazu Landesvorsitzender Joachim Lenders: „Alles richtig, was die SPD-Innenminister und -senatoren in Norderstedt beschlossen haben. Allerdings kommen diese Er-**

kenntnisse reichlich spät! Jetzt rächt sich die Einspar- und Stellenstreichungspolitik der vergangenen Jahre. Ohne ausreichendes Personal in Bund und Ländern ist alles nichts und Polizistinnen und Polizisten müssen erst einmal ausgebildet werden, bevor sie eine Verstärkung für meine Kolleginnen und Kollegen sein können. Gerade der Umgang mit Terrorverdächtigen stellt die Sicherheitsbehörden vor enorme Herausforderungen. Bis zu 36 Einsatzkräfte sind notwendig, um einen Gefährder rund um die Uhr überwachen zu können. Bereits jetzt ist die Polizei mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Rockerbanden und Einbruchserien am absoluten Limit. Trotz der mittlerweile in Gang gesetzten Einstellungsoffensiven braucht die Polizei dringend weiteren geeigneten Nachwuchs zur Bewältigung ihrer Aufgaben. Damit einhergehen müssen zwingend Investitionen in die Ausstattung der Polizei. Dass die Polizei Whats-App-Nachrichten von Terrorverdächtigen bis heute nicht ‚mitlesen‘ kann, ist nicht vermittelbar.“

Der Landesvorstand



Seminar: „Perspektiven und Personalentwicklung in der Verwaltung“

Von Beate Petrou,
Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Anfang November fand in der Geschäftsstelle der DPoIG Hamburg ein Tagesseminar für Mitglieder des Fachbereiches Verwaltung zum Thema „Perspektiven und Personalentwicklung in der allgemeinen Verwaltung“ statt. Als Gäste konnten wir Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und den stellvertretenden Leiter der Personalabteilung, Andreas Klahn, begrüßen. Des Weiteren hatten die Kollegen die Gelegenheit, mit dem Landesvorsitzenden Joachim Lenders und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Freddi Lohse zu sprechen.

Zunächst erläuterte Andreas Klahn während seiner Vorstellung, dass er als Polizist durchaus in seiner Vita viele Berührungspunkte mit der allgemeinen Verwaltung hat. Ob als Mitarbeiter in den früheren Personalbereichen oder

aus eigener Erfahrung durch die Koordinierung der Themen Familie und Beruf. Unter seiner Leitung wurde vor einigen Mo-



Beate Petrou und Landesvorsitzender Joachim Lenders.

naten die dienstliche Arbeitsgruppe „Personalentwicklung Verwaltung“ eingesetzt (AG PE), in der unter anderem der Personalrat und Verantwortliche von PERS 1, 2 und 3 vertreten sind. So werden Themen wie leistungsbezogener

Stufenaufstieg, Mitarbeiter/Vorgesetzten-Gespräche, Interessenbekundungsverfahren (IBV) und jährliche Qualifizierungsgespräche gemäß § 5 TV-L als Teil der Personalentwicklung behandelt und voran-

gebracht. Ein Erfolg hinsichtlich der Ausgestaltung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf konnte schon erfolgreich entschieden werden – die Fortsetzung und der Ausbau der alternierenden Telearbeit bei der Polizei ist beschlossene Sache. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer wurde freudig erwartet, so hatten einige Kollegen erstmals die Gelegenheit, mit dem Amtsleiter direkt über ihre Belange zu sprechen. Themen wie Fortbildung, Fachkräftemangel, Perspektiven und gerechte Bezahlung wurden diskutiert.

Zudem wurde festgestellt, dass es in einigen Bereichen immer noch Gräben zwischen dem Vollzug und der Verwaltung gibt, rein zwangsläufig, oftmals durch verschiedene Rahmenbedingungen. Diese Gräben gilt es zu schließen und es war gut zu hören, dass die Wertschätzung des Polizeipräsidenten gegenüber der Verwaltung ebenso hoch ist wie



Der stellvertretende Personalchef, Polizeidirektor Andreas Klahn.

gegenüber dem Vollzug. Interessiert und aufmerksam folgten unsere Kolleginnen und Kollegen den Ausführungen unseres Landesvorsitzenden Joachim Lenders. Joachim Lenders umriss die grundsätzliche Position der DPoIG zu aktuellen Problemen und Themenfeldern. Er erläuterte, wie die Verwaltung den Vollzug entlasten kann und wie sich die Sparvorgaben in der Polizei im Bereich der Verwaltung auf die gesamte Polizei auswirken. Selbstverständlich wurden von ihm auch Einschätzungen zur bevorstehenden Tarifrunde im kommenden Jahr abgegeben. Abschließend stellte der stellvertretende Landesvorsitzende Freddi Lohse die Dienstzeitgestaltung der Verwaltung während des OSZE-Einsatzes vor. So waren einige Fragen hinsichtlich der Hotelbetreuung und der Verpflegungsausgabe für die Mitarbeiter zu klären, das konnten sie aus erster Hand erfahren. Bis zur letzten Minute haben die DPoIG-Mitglieder des Fachbereiches Verwaltung viele Eindrücke und Informationen mitnehmen können, die abschließende Seminarkritik war überaus positiv. Es lohnt sich also immer wieder, auch als Verwaltungsbeschäftigter oder -beamter Mitglied in der DPoIG Hamburg zu sein. ■



Die Seminarteilnehmer mit Polizeipräsident Ralf Martin Meyer.



Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Anspruch und Wirklichkeit

Von Christine Höxtermann, Landesjugendleiterin

Rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei der Polizei Hamburg beschäftigt. Kriminalpolizei, Schutzpolizei, Wasserschutzpolizei, AiP und Verwaltung – dem Facettenreichtum sind keine Grenzen gesetzt. Nicht nur die Tätigkeitsbereiche können sehr unterschiedlich sein. Es sind natürlich auch die persönlichen Voraussetzungen, die jeder von uns mitbringt.

Viele der rund 10.000 Kolleginnen und Kollegen haben Familie und Kinder, Freunde und Hobbys. Life-Work-Balance ist eines der Schlagwörter, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Es heißt nichts anderes, als dass sich das Privatleben und das Berufsleben die Waage halten sollen. Fraglich ist, ob das generell auf dem Arbeitsmarkt oder innerhalb einer Behörde so auch umgesetzt werden kann. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird schon seit vielen Jahren intensiv diskutiert. Wie gestaltet sich dieses Thema derzeit bei der Polizei Hamburg? Was unternimmt der Dienstherr, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen?

> Was heißt eigentlich Vereinbarkeit?

Vereinbarkeit bedeutet, beides zu ermöglichen. Zeit für die Kinderbetreuung oder die Betreuung pflegebedürftiger Personen sowie gleichzeitig arbeiten zu können und Karriere zu machen. Der gesetzliche Anspruch der Kollegen und Kolleginnen ist unumstritten. Was unternimmt die Polizei Hamburg beziehungsweise die Behörde für Inneres und Sport

(BIS)? Arbeit in Teilzeit ist in fast allen Konstellationen möglich. Grundsätzlich wird jeder Teilzeitantrag zügig bearbeitet und positiv beschieden. Das klingt schon mal ganz gut!

Seitens der Behördenleitung besteht natürlich ein großes Interesse, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel nach der Elternzeit wieder schnellstmöglich zu in-

tegrieren. In allen Organisationsbereichen fehlt es an Personal. Gäbe es die Teilzeitmöglichkeit nicht, wäre der Personalmangel noch gravierender. In der Direktion Polizeikommissariate und Verkehr liegt der Anteil an Teilzeitkräften bei rund zwölf Prozent, rund 16 Prozent sind es im Landeskriminalamt.

Blickt man auf alle Dienststellen, so ergibt sich, dass circa zehn Prozent der gesamten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt sind. Die Möglichkeiten, in Teilzeit bei der Polizei Hamburg zu arbeiten, sind also gut bis sehr

gut, allerdings muss man in den meisten Fällen seinen Anspruch auf eine Führungsposition „ruhen“ lassen!

> Wie viele Kolleginnen und Kollegen kennen wir, die teilzeitbeschäftigt sind und eine Führungsposition innehaben?

Keiner weiß es genau. Die Dienststelle weiß es ebenso wenig, denn diesbezüglich werden keine validen Daten erhoben. Wie oft es also schon geglückt ist Familie zu haben und parallel Karriere zu machen, kann hier abschließend nicht beantwortet werden. Gezielte Personalentwicklung sieht anders aus. Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss und soll heißen, sich auch beruflich weiterentwickeln zu können. Im Fokus sollten

allerdings nicht nur die Teilzeitkräfte stehen, sondern auch die Vollzeitkräfte, die täglich ihren Dienst ableisten müssen und Familie sowie gegebenenfalls pflegebedürftige Angehörige versorgen müssen. Es wäre vielleicht gar nicht so schwierig, alles irgendwie unter einen Hut zu bekommen, wenn da nicht die diversen Einsatzlagen in Verbindung mit der Personalknappheit wären. Die Streichung der garantiert freien Wochenenden, die AAH-Aufrufe oder Großeinsätze wie OSZE und G20 lassen uns nicht bei unseren Familien, sondern auf der Straße sein. Die Kolleginnen und Kollegen machen alles

möglich! Es ist einzig und allein der Verdienst der Mitarbeiter, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Ohne die große Flexibilität aller, die auch mal füreinander einspringen, würde es nicht gehen.

Ansonsten wäre es vermutlich schwierig, an dem einen oder anderen Geburtstag, der Hochzeit oder einem Feiertag dabei zu sein. Das soziale Leben einer Familie spielt sich meistens am Wochenende ab. Da bringt es den wenigsten etwas, im Frühdienst unter der Woche mal frei zu bekommen. Auch Kindergärten, Schulen und sonstige Betreuungseinrichtungen haben an Feiertagen und am Wochenende geschlossen. Ein Umstand, der vielleicht noch in die BIS kommuniziert werden muss? Stehen dienstliche Belange doch immer im Vordergrund? Wie war das mit dem Geben und Nehmen? Nicht ohne Grund hat sich die Wirtschaft schon lange dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf angenommen und hat verschiedene Konzepte entwickelt, um diese Vereinbarkeit möglich zu machen. Richtet man seinen Blick in die Zukunft, so kann es doch nur im Interesse aller sein, den Arbeitgeber Polizei Hamburg attraktiver zu machen. Durch all die benannten Probleme entstehen an den Dienststellen Spannungsfelder, die es so nicht geben müsste. Die Lösungen liegen dabei auf der Hand! Mehr Beförderungen, mehr gezielte professionelle Personalentwicklung für alle und vor allem, und das ist das Ausschlaggebende, mehr Personal, damit Vollzeit- und Teilzeitkräfte, aufgrund der Versäumnisse der Politik, sich nicht gegeneinander ausspielen! ■



© Pixabay



> Fast 50 Kollegen der Wasserschutzpolizei haben an der Infoveranstaltung teilgenommen.

Aus dem Personalrat...

WSP: Infoveranstaltung zur Anerkennung von Vordienstzeiten

Das Beamtenversorgungsrecht ist kein Buch mit sieben Siegeln, es kommt dem aber sehr nahe. Wer einmal versucht hat, seine Pension zu berechnen und zwar insbesondere dann, wenn jemand vor Eintritt in die Polizei schon einmal „richtig“ gearbeitet hat, kann dies vielleicht nachempfinden. Der Personalrat der Polizei hatte deshalb beschlossen, eine Infoveranstaltung mit dem Personalrat durchzuführen, um grundsätzliche Fragen zur Berechnung des Ruhegehalts für Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei zu klären und Rechtsklarheit zu schaffen.

■ Worum geht es konkret?

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben sich viele Bewerber aus den neuen Bundesländern bei der Polizei Hamburg beworben. Insbeson-

dere die Hamburger Wasserschutzpolizei hatte zum damaligen Zeitpunkt massive Nachwuchsprobleme und wurde zielgerichtet in den neuen Bundesländern aktiv, um Personal zu gewinnen. Zwingende Einstellungsvoraussetzungen waren sowohl für den mittleren als auch den gehobenen Polizeivollzugsdienst bei der Wasserschutzpolizei der Nachweis entsprechender nautischer beziehungsweise technischer Patente (Befähigungszugnisse für Kapitäne und Schiffsingenieure). Die in der DDR zurückgelegten Zeiten für die Berufsausbildung und das Studium, die Seefahrtszeit und der geleistete Wehrdienst können als sogenannte Vordienstzeiten bei der Berechnung des Ruhegehalts berücksichtigt werden. Aufgrund von im Wesentlichen bereits vor der Wiedervereinigung beschlossener Gesetzesänderungen des Bun-

des, die später wegen der Föderalismusreform in hamburgisches Landesrecht übernommen wurde, ergeben sich relevante Unterschiede bei den Versorgungsansprüchen der Kolleginnen und Kollegen. Dies hängt im Wesentlichen vom Zeitpunkt der Einstellung ab.

■ Welche Folgen haben diese Rechtsänderungen?

Für alle Beamtinnen und Beamten in den westlichen Bundesländern, die nach dem 31. Dezember 1991 eingestellt worden sind, können Vordienstzeiten in der DDR in der gesetzlichen Rentenversicherung und nicht in der Pension berücksichtigt werden, sie wirken sich also nicht pensionsfördernd aus (Ausnahme: Es liegen weniger als 60 Kalendermonate mit Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung vor). Für Beamtinnen und Beamte in den neuen Bundesländern gilt diese Regelung bereits seit dem 3. Oktober 1990. Vor dem 1. Januar 1992 in den alten Bundesländern in das Beamtenverhältnis berufene Beamtinnen und Beamte sind davon nicht betroffen. Die Auswirkungen für die Höhe der Pension sind in den meisten Fällen jedoch durch die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes für Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung gering. Diese vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes greift immer dann, wenn

der Ruhegehaltssatz, also die Pensionshöhe, geringer als 66,97 Prozent ausfällt und Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung von 60 Monaten bestehen. Spürbare Einschnitte kann es jedoch dann geben, wenn die pensionierten Kollegen das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen und die vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes kraft Gesetzes wegfällt! Allerdings wird ab diesem Zeitpunkt die gesetzliche Rente ergänzend gezahlt, in der die Vordienstzeiten überwiegend berücksichtigt werden können.

Hier muss jeder Einzelfall gesondert betrachtet werden. Jede Kollegin und jeder Kollege ist gut beraten, die ab dem 55. Lebensjahr mögliche Versorgungsberatung des Zentrums für Personaldienste (ZPD) in Anspruch zu nehmen. Nur dann wissen alle, woran sie sind und wie hoch die Pension tatsächlich ausfällt. Der Personalrat bedankt sich ganz herzlich bei Nicolaus Böttcher, Thomas Biedasiek (Personalrat/P11) und Sebastian Lindhof (ZPD) für die unbürokratische Hilfe und Unterstützung bei der Planung und Durchführung dieser Infoveranstaltung. Ein herzlicher Dank gilt zudem der Wasserschutzpolizeischule für das Nutzen der Räumlichkeiten und die ausgezeichnete Logistik.

Frank Riebow



> Interessierte Gäste: Der Chef der Wasserschutzpolizei, Karsten Witt, und Andreas Klahn, Vizepersonalchef der Hamburger Polizei.



Meldewesen bürgerfreundlicher

Vor wenigen Wochen ist das „Erste Änderungsgesetz zum Bundesmeldegesetz“ in Kraft getreten. Neben eher technischen Änderungen gibt es hierdurch einige Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger. So muss eine Wohnungsgeberbescheinigung einer Meldebehörde nur noch bei der Anmeldung vorgelegt werden. Im Falle einer Abmeldung entfällt diese Pflicht. Zudem kann die Abmeldung nach einem Wegzug ins Ausland vollständig elektronisch erfolgen. Des Weiteren können die Bürger weitgehend selbst bestimmen, welche ihrer Daten in eine Meldebescheinigung aufgenommen werden. Bisher war gesetzlich festgelegt, welche Daten eine einfache beziehungsweise eine erweiterte Meldebescheinigung enthalten. Eine Meldebescheinigung wird beispielsweise zur Vorlage bei Banken, Schulen oder Behörden benötigt. Bürger, die eine Wohnung haben, sind verpflichtet, sich bei der Meldebehörde ihrer Stadt oder Gemeinde an- oder abzumelden. Seit dem 1. November 2015 gilt erstmals ein bundesweit einheitliches Melderecht. Mit der Neuregelung wurde die elektronische Verfügbarkeit der Melderegister erheblich verbessert. Gleichzeitig wurde der Datenschutz für die Bürgerinnen und Bürger gestärkt. In Bund, Ländern und Kommunen wurden hierfür im Vorfeld umfangreiche rechtliche, technische und organisatorische Vorarbeiten geleistet.



*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser
des POLIZEISPIEGEL,*

der Landesvorstand der
**Deutschen Polizeigewerkschaft
(DPoIG)** und die Redaktion
„POLIZEISPIEGEL“
wünschen Euch/Ihnen
ein ruhiges und besinnliches
Weihnachtsfest und
einen guten Rutsch in ein
erfolgreiches, gesundes
neues Jahr 2017.

*Joachim Lenders,
Landesvorsitzender*

*Frank Riebow,
Landesredakteur*

Warn-Apps für das Handy

Nach Terroranschlägen und dem Amoklauf in München ist das Interesse an Katastrophen-Warn-Apps enorm gestiegen. Apps wie KATWARN sollen die Bevölkerung bei Gefahren per Push-Meldung, E-Mail oder SMS alarmieren und Verhaltenstipps geben. Was ist KATWARN? Das Warnsystem wurde vom Fraunhofer-Institut entwickelt und ist seit 2011 in Betrieb. Mit KATWARN erhalten die Nutzer ergänzend zu Sirenen, Lautsprecheransagen oder Fernseh- und Radiomeldungen wichtige Warn- und Verhaltensinformationen.



KATWARN sagt nicht nur, dass es eine Gefahrensituation gibt, sondern auch wie man sich verhalten soll. Die Warnungen werden von der Feuerwehr Hamburg oder dem zentralen Katastrophendienststab der Behörde für Inneres und Sport ausgegeben und enthalten Kurzinformationen zur Gefahr sowie Verhaltensempfehlungen. Per SMS, E-Mail oder Push-Meldung bekommen Nutzer die Warnungen speziell für ihren Standort auf das Smartphone. Für den Nutzer ist die App kostenlos.

> Ruhestand

Folgende Kollegen sind zum 30. November 2016 in den Ruhestand gegangen:

Akademie der Polizei

PK Bester, Thomas AK 231

Direktion Einsatz

PHK Harm, Bernd DE 3401
POK Krüger, Detlef DE 372
POK Peters, Hans-Joachim DE 12

Direktion Polizeikommissariate und Verkehr

PK Gorning, Jens VD 401
PK Hörmann, Sven PK 14
EPHK Lange, Harry PK 21
PHK Sauck, Horst PK 44
PHK Wulff, Claus VD 22

Landeskriminalamt

KHK Böttcher, Detlev LKA 66
POK Faelz, Kurt-Walter LKA 26
KHK Fahrenkrog, Klaus LKA 15
PHK Kollster, Peter LKA 11
KHK Luda, Jürgen LKA 13
EKHK Reyer, Jürgen LKA 37
KHK Wegner, Joachim LKA 16

> Verstorben

19.9.2016	Netzbandt, Ralph	POK i. R.	96
30.9.2016	Zengerling, Ingrid	Vae. i. R.	67
1.10.2016	Wüst, Michael	PHM i. R.	43
3.10.2016	Lüdemann, Hannelore	Vae. i. R.	91
8.10.2016	Matfelt, Günther	EKHK i. R.	84
18.10.2016	Gieseler, Steffen	POK i. R.	73
18.10.2016	Eidinger, Klaus	Kraftfahrer i. R.	85
28.10.2016	Böhm, Manfred	KOK i. R.	81